



TILL C. BUDELMANN
Kapitalmarktstrategie

Topic

DIE BEDEUTUNG DES SUPREME COURTS FÜR DEN US-WAHLKAMPF

Am 3. November werden in den Vereinigten Staaten der Präsident, ein neues Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats gewählt. Mit dem Tod der Supreme-Court-Richterin Ruth Bader Ginsburg rückt ein neues Thema in den Fokus des Wahlkampfes. Es ist davon auszugehen, dass die anstehenden Präsidentschaftswahlen für Kursschwankungen an den Kapitalmärkten sorgen werden.

US-WAHLN:

ENGES PRÄSIDENTSCHAFTSRENNEN, REPRÄSENTANTENHAUS GEHT AN DEMOKRATEN

In landesweiten Umfragen liegt der demokratische Kandidat Joe Biden derzeit mit 49 Prozent vor dem republikanischen Amtsinhaber Donald Trump mit 43 Prozent. Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen, denn für die Wahl sind nicht die meisten Wählerstimmen ausschlaggebend, sondern die Stimmen der Wahlmänner aus den einzelnen Bundesstaaten. Biden braucht

in etwa einen Vorsprung von 3 Prozentpunkten bei den Wählerstimmen, um letztlich einen Gleichstand zu erzielen. Hinzu kommt die übliche Fehlerspanne bei Umfragen. Wenn man seit den Präsidentschaftswahlen 1980 den Schnitt der Umfragen am Vorabend der Wahl mit den tatsächlichen Ergebnissen vergleicht, liegt die Fehlerquote im Mittel bei 2 bis 3 Prozentpunkten. Insgesamt



liegen die Aussichten für beide Kandidaten zurzeit sehr eng beieinander. Sicher hingegen scheint jetzt schon, dass das Repräsentantenhaus in demokratischer Hand bleibt.

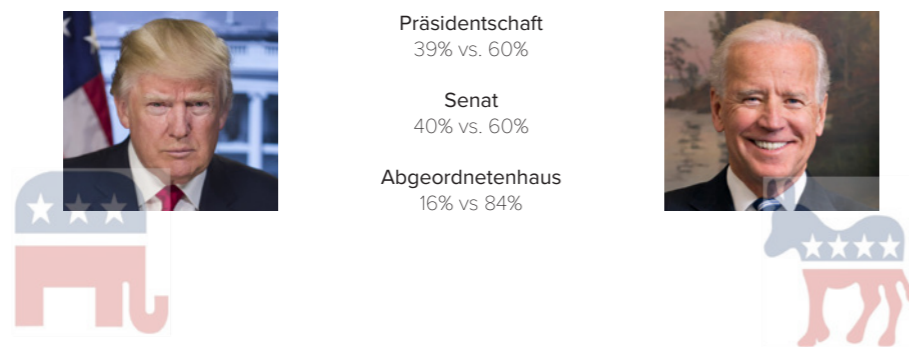


Abbildung 1: US-Wahlwahrscheinlichkeiten
Quelle: Election Betting Odds, Betfair, PredictIt, Bergos Berenberg, Daten per 30.09.2020

Dies bedeutet, dass ein wiedergewählter Trump zunächst keine weiteren Steuersenkungen veranlassen könnte. Den Handelsstreit mit China dürfte er in bekannter Manier fortsetzen und eventuell sogar auf Europa ausweiten. Das wäre für die internationalen Aktienmärkte eine Belastung. Ein Präsident Joe Biden hingegen würde den Handelsstre-

it mit China wohl nicht beilegen, aber sachlicher und in einem gemässigten Ton führen, was eine geringere Belastung für die Aktienmärkte wäre – im Gegensatz zu seinen Steuerplänen. Sollten die Demokraten das Repräsentantenhaus und den Senat gewinnen, könnte Biden Trumps Steuerreform zum Teil rückgängig machen. Der Unternehmens-



steuersatz, der im Schnitt von 39 Prozent unter Trump auf 26 Prozent gefallen ist, könnte dann wieder auf etwa 33 Prozent steigen. Dies würde die Nachsteuererträge der Unternehmen belasten und sich damit auch auf die Börsenkurse auswirken.

SUPREME COURT WIRD WAHLEN BEEINFLUSSEN

Mit dem Tod von Ruth Bader Ginsburg ist Ende September ein grosses neues Thema in den Fokus des Wahlkampfes gerückt, das tendenziell eher den Republikanern in die Karten spielen dürfte. Die liberale Ikone Ginsburg war Richterin am Supreme Court, an dem jetzt noch drei liberale und fünf konservative Richter tätig sind. Trump hat bereits eine Nachbesetzung vorgeschlagen, die jetzt vom Senat bestätigt werden muss. Vor vier Jahren gab es eine ähnliche Situation. Im Februar 2016 starb der konservative Supreme-Court-Richter Antonin Scalia. Der vom damaligen demokratischen Präsidenten Barack Obama vorgeschlagene Nachfolger wurde jedoch vom republikanisch dominierten Senat vor

den Wahlen nicht mehr bestätigt. Das kam Trump zugute und dürfte ihm die entscheidenden Stimmen gebracht haben. Republikanische Wähler, die 2016 mit Trump zwar fremdelten, stimmten dennoch für ihn, da er zumindest konservative Richter nominieren würde. Auch jetzt haben die Republikaner eine knappe Mehrheit im Senat und die Chancen stehen dieses Mal nicht schlecht, dass der Vorschlag des Präsidenten noch vor den Wahlen abgesegnet wird.

Der Supreme Court hat eine grosse Bedeutung in den USA, die sich selbst im Zusammenhang mit Präsidentschaftswahlen manifestieren kann. So landete der umstrittene Wahlausgang 2000 letztlich vor dem Obersten Gerichtshof, in dem die konservativen Richter eine Mehrheit von 5 zu 4 hatten. Eine der wichtigen Entscheidungen in dem Prozess wurde entsprechend dieser Verteilung getroffen und der Republikaner George W. Bush wurde schliesslich als Präsident bestätigt. Der Supreme Court tritt nun als Megathema des Wahlkampfes neben die Coronakrise, die damit stark verbundene wirtschaftliche Entwicklung und die innere Sicherheit.